

## Zwei Bahn-Chefs bitte



### Christian Schlesiger

Korrespondent in Berlin

■ Bevor die Regierung einen neuen Konzernchef ernennt, sollte sie klären, was sie mit der Deutschen Bahn vorhat.

**Die Deutsche Bahn hat ein Problem:** In ihr schlagen zwei Herzen. Der Chef der ICE-, Regionalexpress- und Güterzüge hat kein Interesse an Wettbewerb. Denn Konkurrenz ruiniert seine Rendite. Der Chef des Schienennetzes und der Bahnhöfe hingegen jubelt über mehr Züge auf den Trassen. Denn das ist volkswirtschaftlich eine gute Sache. Beide Jobs stehen im Zielkonflikt – das gilt auch für den Bahn-Chef, der über allem steht. Die Struktur der Deutschen Bahn steckt seit jeher in diesem Dilemma. Das ist so, als würde man FlixBus den Betrieb der Autobahnen übertragen. Abwegig, nicht wahr? Nach dem Abgang von Bahn-Chef Rüdiger Grube sucht die Politik nun einen Nachfolger. Doch bevor die Regierung einen Kandidaten präsentiert, sollte sie sich fragen: Welche Deutsche Bahn wollen wir? Eine, die sich auf Rendite trimmt? Dann gäbe es in Zukunft weniger Güterzüge und weniger Fernverkehrszüge in Kleinstädte. Oder eine, die sich der Daseinsvorsorge verpflichtet? Dann würde die Bahn an Nebenstrecken festhalten, die sich oft nicht rechnen. Die beste aller Welten: eine klare Trennung. Der öffentliche Infrastrukturbetreiber DB Netz stellt Gleise und Bahnhöfe so bereit, dass er möglichst viele Güter und Menschen auf die Schiene holt. Die privaten Transportgesellschaften DB Regio, DB Fernverkehr und DB Cargo fahren gewinnorientiert im Wettbewerb. Nebenstrecken, die für den Personenverkehr nicht darstellbar wären, könnte der Staat subventionieren – so wie heute im Nahverkehr. Das würde aber bedeuten: Deutschland braucht zwei neue Bahn-Chefs. ■

## Jetzt ist er übergesnapt



### Astrid Maier

Ressortleiterin Innovation & Digitales

■ Der Hype um den IPO von Snap beruht auf Geld, das billig zu haben ist. Nicht aber auf Unternehmenswerten.

**Kennen Sie Evan Spiegel schon?** Er ist Gründer und CEO des Social-Media-Netzwerks Snap, früher Snapchat genannt. Damit lassen sich Bildchen und Videos verschicken, die gleich wieder verschwinden. 150 Millionen Menschen gefällt das schon. Dennoch fädelt Spiegel gerade die größte Luftnummer seines Lebens ein: Er bringt Snap an die Börse.

Sein größtes Problem: Das Wachstum der Nutzer geht zurück – bei einem Verlust von über einer halben Milliarde Dollar. Gerade bei Techunternehmen aus dem Valley, die sich ihre User teuer kaufen, ist das schwierig. Die Gewinnschwelle rückt so kaum näher an die Gegenwart. Dass Profite aber nötig sind, um langfristig zu bestehen, mag vielen Gründern im Valley ja crazy erscheinen, eine Notwendigkeit bleibt es dennoch.

Wie schlecht es ist, ohne Aussicht auf Profitabilität an die Börse zu gehen, zeigt Twitter. Seit dem IPO grassiert dort nur noch die Enttäuschung. Spiegel setzt alles daran, sich genau von diesem Twitter-Phänomen abzugrenzen. Anders als dort zählten bei Snap die Daily Active User (DAU). Das soll eine verlässlichere Messgröße suggerieren. Zugleich steht aber im Börsenprospekt, dass das DAU-Wachstum „wahrscheinlich zerstückelt und nicht vorhersehbar“ sein werde.

Nicht vorhersehbares Wachstum, horrende Verluste – das alles könnte Anleger am Ende noch dazu bewegen, den CEO abzusetzen. Da hat Spiegel aber vorgesorgt, an Kleinaktionäre wird er nur stimmlose Aktien vergeben. Ist der Mann übergesnapt? Am vernünftigsten wäre es, wenn Snap erst gar nicht an die Börse ginge. Doch diese Option existiert nicht mehr. Wer sollte Snap nach all den Finanzierungsrunden, bei denen die Großinvestoren Snap auf eine Bewertung von 25 Milliarden Dollar aufgepumpt haben, noch kaufen? Spiegel und sein Snap sind die jüngsten Auswüchse einer Hybris im Valley, die von dem vor-handenen billigen Geld immer monströser aufgebläht wird. ■

## Über Atomwaffen reden



### Thorsten Benner

Experte für Sicherheitspolitik

■ Ohne Schutz der USA stünde Deutschland nackt da. Nukleare Kooperation mit Paris wäre ein Ausweg.

**Lange gehörte es zum guten Ton,** den Abzug der US-Nuklearwaffen aus Deutschland zu fordern. Der ehemalige Außenminister und designierte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier argumentierte etwa 2009, das System der nuklearen Abschreckung sei „ineffektiv, riskant und unverantwortlich“ und in Deutschland stationierte US-Atomwaffen „militärisch obsolet“. Solche Forderungen waren politisch billig, denn Deutschland konnte sich stets auf die militärischen Garantien der USA verlassen. Doch damit ist es seit der Wahl von Donald Trump vorbei. Der neue US-Präsident hat die Nato-Verpflichtungen in Zweifel gezogen. Was früher bedingungsloser Beistand war, ist unter ihm bestenfalls bedingter Schutz. Solange Trumps „America first“-Ideologie nicht vom US-Wähler abgestraft wird, muss Deutschland ganz neu über die eigene Sicherheit nachdenken.

**Ohne nuklearen Schutz** steht eine „Friedensmacht Deutschland“ nämlich reichlich nackt da. Will Deutschland Russland, das seine Atomwaffen rasch modernisiert, (und natürlich anderen



möglichen Nuklearmächten mit einer aggressiven Agenda) ohne Abschreckung ausgeliefert sein? Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, warnt davor, eine „gefährliche“ Debatte über Nuklearstrategie vom Zaun zu brechen. Auch die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung schwelgt lieber in Träumen von einer atomwaffenfreien Welt, als sich über die strategischen Realitäten Gedanken zu machen. So sensibel das Thema ist, so wenig bringen uns aber Denk- und Debattenverbote weiter. Sicher ist: Eine deutsche Atomwaffe kann nur der allerletzte Schritt sein, wenn das euro-atlantische Bündnis komplett zusammenbricht. Einer deutschen Atom- bombe stehen nicht zuletzt der Atomwaffensperrvertrag und der Vertrag zur Deutschen Einheit entgegen. Doch eine latente Fähigkeit zum Bau von Nuklearwaffen sollte sich Deutschland für den Notfall erhalten.

Zwar ist ein europäischer Nuklearschirm, wie ihn der Chef der polnischen Regierungspartei fordert, politisch gegenwärtig illusorisch. Großbritannien sollte als Nuklearmacht auch nach dem Brexit eng in europäische Sicherheitsdebatten eingebunden werden. Entscheidend ist jedoch unser Verhältnis zu Frankreich und seiner *force de frappe*. Sobald im Mai das französische Präsidentenamt neu besetzt ist – und nicht Marine Le Pen dieses Amt bekleidet –, muss Berlin mit Paris über eine engere nukleare Zusammenarbeit sprechen. Ein willkommener Nebeneffekt wäre, dass beide endlich wieder auf Augenhöhe über ein gemeinsames Projekt verhandeln könnten. ■

**Thorsten Benner** ist Direktor des Global Public Policy Institute (GPPi) in Berlin. Sein Forschungsschwerpunkt liegt in der Außen- und Sicherheitspolitik.

■ **Wirtschaft und Politik** sind untrennbar miteinander verwoben. Aber muss deswegen die Wirtschaft zu politischen Fragen Stellung beziehen? Die WiWo-Redaktion ist gespalten: Raushalten, wo es geht, ist richtig verstandene Rollenverteilung. Oder: Einmischen, weil es anders nicht mehr geht, ist das Gebot der Stunde.



Raushalten,  
wo immer  
es geht

**Oliver Stock**  
Stellvertretender Chefredakteur

■ Unternehmen sollen sich nicht in politische Fragen einmischen, die sie nichts angehen.

**Wer ein Unternehmen führt**, darf nicht zimperlich sein. Projekte anstoßen und einstampfen, Kollegen fordern, Geduld üben, Entscheidungen treffen – für zurückhaltende Charaktere gibt es bessere Plätze im beruflichen Leben als an der Unternehmensspitze. Wenn sich Chefinnen und Chefs also nicht ständig zu allem und jedem äußern und insbesondere zu Fragen der Tagespolitik lieber den Mund halten, dann liegt das nicht an mangelndem Selbstbewusstsein oder gar Duckmäusertum. Es liegt vielmehr an einer richtig verstandenen Rollenverteilung. Es liegt an einem gelebten liberalen Weltbild.

Und das geht so: Der Staat setzt den Rahmen, in dem Unternehmen agieren. Er lässt ihnen die Tariffreiheit, er mischt sich nicht in ihre Preisgestaltung ein, er macht ihnen keine Produktvorgaben. Umgekehrt halten sich Unternehmer zurück, wenn es um Flüchtlingsobergrenzen oder Menschenrechte in China geht. Die Grenze zwischen beiden ist klar definiert. Nur wenn einer von beiden sie verletzt, darf der andere nicht tatenlos zusehen. Zum Beispiel: Wenn die Politik den freien Handel beschränkt, kann das kein Unternehmen hinnehmen, das darauf angewiesen ist. Ansonsten aber lautet die Devise: Raushalten. Denn nur wer sich raushält, kann verlangen und muss ertragen, dort die volle Verantwortung zu tragen, wo er zuständig ist. ■



Klare Kante  
statt  
Business first

**Harald Schumacher**  
Reporter Unternehmen & Märkte

■ Mit falscher Zurückhaltung gegenüber Trump riskieren Unternehmen Glaubwürdigkeit und hohe Imageschäden.

**Erstmals bezieht ein europäischer Konzern Stellung:** „Nein, wir würden uns nicht um einen Auftrag beim Bau von Trumps Mauer bemühen“, teilt der österreichische Bauriese Strabag mit. Dahinter steckt pure Vernunft. Spätestens nach dem Unternehmeraufstand im Silicon Valley fragen sich auch Topmanager diesseits des Atlantiks, ob Business first die richtige Antwort auf den neuen US-Präsidenten ist. HeidelbergCement-Chef Bernd Scheifele hat das kurz nach dessen Wahlsieg noch mit Ja beantwortet: Die Mauer an der mexikanischen Grenze werde ja „nicht aus Holz gebaut, sondern aus Zement, und dann wären wir in Texas und Arizona nicht schlecht bedient“.

Aber Europas Unternehmen publizieren dicke Berichte über Nachhaltigkeit, über die Vielfalt ihrer Belegschaften, über gesellschaftliche Verantwortung. Sie zerstören ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie Nutznießer der umstrittensten Trump-Projekte sein wollen – ob diese nun Minderheiten diskreditieren oder die Umwelt ruinieren. Und sie berauben sich jeder Glaubwürdigkeit, wenn sie trotz ihrer sonstigen Bekenntnisse zur Globalisierung im Dickicht des neuen US-Protektionismus profitable Nischen suchen. In anderen Situationen und Zeiten mag Zurückhaltung gegenüber der Politik richtig sein – heute ist klare Kante die richtige Haltung. ■